

Bettina Jürgensen

Referat  
Es gilt das gesprochene Wort

15.6.2013

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir wollen heute über die Entwicklung unserer Partei zu diskutieren und Schlussfolgerungen für unsere weitere Arbeit zu ziehen.

Gleich zu Beginn wollen wir festhalten, dass dieses Treffen im Rahmen der Möglichkeiten stattfindet, die das Statut der DKP gibt.

Dort heißt es im Artikel 2, Rechte und Pflichten u.a.

„Alle Mitglieder haben gleiche Rechte. Dazu gehören das Recht  
(.....)

- einzeln oder in Verbindung mit anderen Mitgliedern politische Positionen, Kritik und Vorschläge zu entwickeln, in den Zusammenkünften und Publikationen der Partei alternative politische Positionen zu vertreten und dafür in unserer Partei um demokratische Mehrheiten zu werben;

(.....)“

Warum erscheint uns dieses Treffen notwendig?

In der Vergangenheit wurde auf den PV-Tagungen inhaltlich, aber auch organisatorisch ein einigermaßen einheitliches Handeln entwickelt. Es ging darum, politische Zielsetzungen zu erarbeiten, die von der Mehrheit der Mitglieder getragen werden, die in den Bezirken, Kreisen und Gruppen diskutiert werden.

Das gilt auch für die Periode seit dem 19. Parteitag, in der unsere Positionen im Parteivorstand eine Mehrheit fanden, ebenso im Sekretariat.

Doch wir wissen, dass es bereits lange vor diesem 19. Parteitag nicht mehr nur um die inhaltliche Auseinandersetzung zu den uns bekannten Fragen ging, die auch auf der Theoretischen Konferenz 2011 in Hannover beraten wurden. Bereits seit einigen Jahren wurde über viele verschiedene Wege versucht, Einfluss auf Mitglieder der DKP und auch auf Gremien der Partei zu nehmen, um Änderungen der politischen Richtung zu erreichen (als Stichpunkte nenne ich nur T&P sowie Facebook).

Dieses soll heute nicht diskutiert werden, es hier ausführlich zu tun, würde den uns zur Verfügung stehenden Zeitrahmen sprengen.

Die Einladenden zu diesem Treffen sind der Ansicht, dass es wichtig ist, sich über die politischen gemeinsamen Grundlagen zu verständigen.

Bereits nach den ersten Tagen des 20. Parteitags im März konnten wir unterschiedliche Reaktionen von GenossInnen auf das Ergebnis der Wahlen zum Parteivorstand feststellen: es ging von einem totalen Frust und die „Klamotten hinschmeißen wollen“ über ein „jetzt erst recht!“ oder auch sich erst einmal zurückziehen und dieses Ergebnis auf sich „wirken lassen“. Einige dachten auch über einen Austritt nach.

Und es gibt noch etwas anderes: GenossInnen scheinen sich teilweise – trotz inhaltlich anderer Sicht – mit den Ergebnissen des Parteitags „einzurichten“. Da gibt es dann Aussagen wie „das ist nicht alles so toll, aber in unserer Gruppe/Kreis haben wir doch schon immer gemacht was wir wollten und auch heute lassen wir uns nicht reinreden oder vorschreiben, was gemacht wird“.

Andere wiederum meinen, irgendwie müssen wir nun mit der Situation umgehen. Es ist richtig damit umzugehen, wenn dabei auch der Abgleich mit dem Programm der DKP erfolgt, sowie die Widersprüche zwischen der jetzt angestrebten zu der bisherigen Entwicklung in

unserer Partei herausgearbeitet werden. Umgehen damit nach einem Parteiverständnis, das besagt „Beschluss ist Beschluss“ wäre „Basta! - Politik“ und entspricht nicht dem Herangehen an Politikentwicklung von KommunistInnen.

Dies sind nur einige Aussagen – ihr kennt sicher noch andere und könnt sie hinzufügen. So sehr uns diese Aussagen teilweise zunächst erstaunen, entsetzen oder manchmal vielleicht sogar belustigen – wer hat ihn nicht in bestimmten Momenten, den Galgenhumor? – so zeigen sie doch auf der anderen Seite eine gewisse Rat- oder sogar Hilflosigkeit zu den Ergebnissen.

Das stellen wir umso mehr nach dem 3. Tag fest! Und uns geht es da ebenso wie vielen anderen GenossInnen.

Nach den zwei Tagen im März dachte ich, „nun kann mich (fast) nichts mehr erschüttern“. Nach dem 25. Mai muss ich feststellen: Es geht schlimmer.

Dieser Tag wurde in einer einzigartigen Form, wie ich es in unserer Partei noch nicht erlebt habe, durchgezogen und das gewollte Ergebnis herbeigestimmt. Dieser Tag hatte mich überraschend doch noch einmal völlig getroffen.

Warum?

Weil es hier nicht „nur“ um die bereits erfolgte Personalentscheidung ging, sondern nun auch die entsprechende Politik zu den gewählten Personen beschlossen wurde. Dies erfolgte unter Außerkraftsetzung vieler bisher in unserer Partei gelebten und geschriebenen demokratischen Regeln!

Und es machte auch deutlich, was eine politische Richtungsänderung für uns als KommunistInnen bedeutet. Wir sind nicht Mitglieder der DKP um in „Amt und Würden“ zu kommen, um Funktionen auszufüllen – das tun wir auch, wenn es erforderlich ist – uns geht es darum, für die Veränderung dieser Gesellschaft zu kämpfen!

Und das mit den besten Möglichkeiten, die wir haben und uns immer wieder erstreiten. Ein Beitrag dazu ist es, Menschen davon zu überzeugen, dass eine andere Gesellschaft nicht nur für KommunistInnen erstrebenswert ist, sondern für die Mehrheit der Menschen. In Anbetracht der Ökologischen Probleme, der gewachsenen Bedrohung durch Gift- und Atomwaffen, müssen wir sogar sagen, eine andere, eine sozialistische Gesellschaft ist für die Menschheit überlebensnotwendig.

Die Richtigkeit dieser Aussage wird durch das Ergebnis des Parteitages nicht negiert, denn die Realität lässt sich nicht negieren. Weil wir uns dessen bewusst sind und weil wir weiter die Kämpfe in unserem Land, in Europa und der Welt mit entwickeln wollen, weil wir dies weiter in und mit der DKP tun wollen und werden, deshalb sollten wir heute gemeinsam darüber beraten.

Morgen Nachmittag wissen wir wohl genauer, wie wir dies tun, ob alle hier Anwesenden weiter dabei sind und auch wie wir andere GenossInnen überzeugen können weiterhin mit uns politisch aktiv zu sein.

Genossinnen und Genossen, können wir heute bereits, so kurz nach dem Parteitag, eine Veränderung in der DKP feststellen?

Wenn ja – woran machen wir sie fest und wird dies auch in die Partei deutlich? Stimmt es, wenn ich sage, nicht nur die Politik beginnt sich zu verändern, sondern auch die innerparteilichen Strukturen?

Diese angeblich neue – ich sage mehr aus Lehrbuchwissen zusammengesetzte und spätestens heute (wenn sie es überhaupt einmal war) nicht mehr angemessene – Entwicklung von politischen Aufgaben einer kommunistischen Partei, braucht eine ebenso eng ausgelegte Struktur und Hierarchie. Ohne dieses Ineinandergreifen beider Teile kann es für die neue Mehrheit im Parteivorstand nicht funktionieren. Es muss ja schließlich irgendwie

vermittelt werden, dass ihre Politik und Herangehen – so meint die neue PV-Mehrheit – ein „Erfolgsrezept“ ist.

Änderungen lassen sich schon jetzt an verschiedenen Punkten erkennen, von denen ich nur einige nennen will.

Es fing an mit der Berichterstattung über die erste konstituierende PV-Tagung - einen Tag vorher in der UZ war anscheinend schon klar, wie diese Sitzung läuft.

Es war die Art und Weise der Beschlussfassung auf dieser PV-Tagung – wie am Schnürchen im wahrsten Sinne des Wortes wurden die Hände gehoben zur Abstimmung,

Es ist das – noch! – ständige Wiederholen in Referaten und Artikeln, von der Einigkeit in bestimmten Fragen in der Partei, auf die gesetzt wird. „Herhalten“ muss dafür oft die Solidarität mit Kuba.

Mit diesem Herangehen soll wohl abgelenkt werden von den vielen Fragen, in denen wir nicht einig sind. Und es hält – ebenfalls noch – davon ab, Nachfragen zu eigenen Positionen beantworten zu müssen. Denn diese werden teilweise nicht oder nur sehr dezent erwähnt.

Aber natürlich gibt es diese und sie lassen sich nicht auf Dauer unter den Tisch kehren.

Erinnert sei an die Aussage von Patrik Köbele zur Begründung seiner, erst vier Wochen vor dem Parteitag bekanntgegebenen, Kandidatur. Demnach erfolgte diese, weil er mit der in den letzten Jahren entwickelten Politik der Partei nicht einverstanden ist.

Statt aber inhaltlich auf Fragen einzugehen und zu argumentieren, wird nun versucht mit administrativen Methoden und Vorstellungen GenossInnen zur „Umkehr“ zu bewegen.

Ein Beispiel dafür ist kommunisten.de und die dazu gemachten Beschlüsse der PV-Tagung, die Aufforderung an Leo das Portal an die DKP zu übergeben, das zumindest von einigen Genossen geforderte Parteiordnungsverfahren bei Nichtbeachtung des Beschlusses.

Auch wenn solche Androhungen evtl. zunächst nur den Charakter haben, auszuloten, wie weit die Mitglieder solchen Szenarien folgen, so haben sie zumindest auch den Hintergrund, zu zeigen „wer der Herr im Hause ist“. Und damit möchte man letzten Endes die Partei einstimmen, ordnen und vorbereiten auf eine „Politik der starken Hand“.

Deutlich und für die Partei insgesamt nachvollziehbar wurde dieses „Regieren“ auf dem 3. Tag. Nicht durch eine inhaltliche Debatte und das Eingehen auf Vorschläge zur Problemlösung des Umgangs mit dem umfangreichen und richtungwechselnden Abänderungsantrag von Hans-Peter Brenner, sondern per Beschluss wurde mal so eben das Statut ausgehebelt und die Diskussionen aller Gruppen und Mitglieder, die vor dem Parteitag Änderungsvorschläge zum Leitantrag eingereicht hatten, ad absurdum geführt.

Ich verstehe es als eine „Flucht nach vorn“, wenn in der UZ vom 14.5. Patrik Köbele beschreibt, dass das Gros der 217 eingereichten Änderungsanträge in den Antrag eingeflossen ist.

Richtig ist aber, und das weiß auch er, dass 40 dieser Anträge überhaupt nicht behandelt wurden, da sie dem Abänderungsantragswerk von Hans-Peter Brenner zum Opfer gefallen sind. Ein großer Anteil der Anträge aus dem vorderen Teil des Leitantrags wurde entgegen der Empfehlung der Antragskommission ablehnend von Delegierten behandelt.

Hinzu kommt: Vieles was sich die Partei in den letzten Jahren an Wissen, Erfahrung und aktuellen Einschätzungen erarbeitet hat, wurde nicht in den Antrag übernommen oder herausbeschlossen.

Aber es soll die Legende gebildet werden, es sei alles hübsch demokratisch zugegangen.

Doch die Lage ist viel zu ernst, als das wir uns nur mit einem organisierten Abstimmungsverhalten befassen und dies noch dazu an der Anzahl von Beschlüssen festmachen.

Vor allen Dingen geht es doch darum deutlich zu machen, dass diese gravierenden politischen Veränderungen nicht vorher in der Partei zur Diskussion gestellt und beraten wurden. Diese Recht wurde nur den Delegierten zugestanden, ist aber eindeutig das Recht aller Mitglieder.

Dies war ein bisher einmaliger Vorgang in der Geschichte der DKP!

In der Diskussion werden wir nachher sicher noch zu einigen inhaltlichen wichtigen Änderungen im Leitantrag diskutieren.

Genossinnen und Genossen,

ein letzter von mir in dieser Frage genannter Punkt soll die ebenfalls auch schon von Patrik K. gemachte Äußerung zur Einhaltung der Beschlüsse des Parteitags sein. Auf der Blockupy-Demo in Frankfurt gab es ein DKP-Transparent mit den Logos von DKP und EL. Das soll ja nun verboten sein, dies darzustellen. Umso erfreulicher und ermutigender war die Teilnahme und klare Positionierung von GenossInnen zu, hinter und für dieses Transparent. Und es ist eine politische Einschätzung, der diese GenossInnen gefolgt sind: Blockupy ist eine internationale, europaweite Aktion. Das wurde mit dem Transparent: „Deutsche Bank enteignen! Finanzmärkte entmachten!“ mit dem Logo der DKP und dem der EL unterstrichen. Es hat gezeigt: unsere Partei ist Teil des europaweiten Widerstands gegen die Politik der Troika!

Es belegt natürlich auch, dass es unsere Politik ist, an solchen Demonstrationen teilzunehmen und die Bewegungen dadurch inhaltlich und personell zu stärken.

In meiner Parteigruppe wurde ich von wenigen schon kritisiert, weil ich das Transparent mit EL-Logo getragen habe. Die Realität aber zeigt doch, ob ein Beschluss richtig oder falsch ist, ob er umsetzbar ist oder nicht. Der Beschluss zur EL wirft doch gleich die Frage auf, wie er durchsetzbar sein soll, anbetracht des von uns geforderten stärker zu entwickelten Widerstands gegen die Politik der Troika? Die europaweite Entwicklung des Widerstands gegen die Politik der Troika ist zu unterstützen. Und damit auch die Kräfte, die diesen Widerstand mittragen. Die EL ist Teil der Blockupy-Bewegung – auch in Frankfurt.

Können und wollen wir uns wirklich, per Beschluss, von einem wichtigen Teil dieser Widerstandskräfte, von kommunistischen, sozialistischen und linken Parteien Europas in der EL, distanzieren? Patrik Köbele selbst interpretiert ja schon recht frei in den Beschluss hinein, die Symbole dürfen verwendet werden, „wenn es explizit eine gemeinsame Aktion mit der EL ist“, obwohl dies mit keinem Wort in dem Beschluss steht. Bisher ist mir in unserer Partei kein Beschluss bekannt, der ein Verbot bestimmter Symbole beinhaltet. Und das hat seinen Grund. Die Geschichte dieses Landes lehrt doch gerade uns KommunistInnen, dass Unvereinbarkeitsbeschlüsse politische Debatten verhindern, dass sie eine Gefahr für die Entwicklung von Widerstand gegen die herrschende Politik sind. In diese Tradition sollten wir uns nicht begeben!

Auf administrative Maßnahmen gegen die TrägerInnen soll ja nach Aussage von Patrik Köbele verzichtet werden, er will es bei dem Hinweis auf die Nichteinhaltung des Beschlusses zur EL belassen.

Auch dazu werden wir sicher nachher noch, ebenso wie zu der Frage EU-Wahl, diskutieren.

Aber natürlich zeigen solche Beschlüsse auch, dass wir mehr Wert auf die inhaltliche Debatte legen müssen, diese suchen und ihr nicht aus dem Weg gehen. Erst recht nicht, wenn es darum geht, auch andere, die evtl. „nur“ dabei sitzen, zu überzeugen.

Genossinnen und Genossen,

Deshalb müssen wir unter uns klären, auf welcher Grundlage wir Politik entwickeln wollen, was sind unsere inhaltlichen Aussagen gegenüber einer Politik, die nur darauf aus ist, die KommunistInnen in den Vordergrund zu schieben, ohne zu fragen, ob dies tatsächlich in der aktuellen Situation angemessen, ob es der Widerstandsentwicklung in dem Moment hilfreich

und damit dem nächsten Schritt zu einer Veränderung der Gesellschaft hilfreich ist. Es werden Beschlüsse gefasst, deren Umsetzung allein zunächst einmal aufgrund der momentanen personellen und auch organisatorischen Schwäche der Partei zumindest sehr infrage gestellt werden müssen.

Und es werden schlicht und ergreifend auch veränderte Kampfbedingungen – zu denen natürlich auch die Arbeits- und Lebensbedingungen gehören – einfach ignoriert.

„Klassenbewusstsein entsteht aber nicht nur aus dem Arbeitsprozess, sondern „im Leben selbst“, mit all seinen Erscheinungsformen, weil alle Räume auch außerhalb der Arbeitswelt immer umfassender vom Kapitalismus kontrolliert werden und gleichzeitig der Klassenwiderspruch durch vielfältige andere Widersprüche beeinflusst wird. Proletarisches Klassenbewusstsein muss nicht nur das Bewusstsein der eigenen Klassenposition, sondern auch Aspekte wie Geschlechtergerechtigkeit, Klimagerechtigkeit ect. beinhalten.“ (Entwurf „Der Weg aus der Krise“ – Politische Thesen..., These 8 Kapitel: Die DKP in der heutigen Zeit... S.38/39)

und darin wird festgehalten: „Wir wirken deshalb dafür, dass Politik als Lernprozess organisiert wird, der auf die individuelle und kollektive Handlungsfähigkeit und Organisiertheit zielt.“ (s.o. S. 39)

Das ist ein gravierender Unterschied zu dem, was die Mehrheit des Parteivorstandes sagt und durchsetzen will, es ist ein Unterschied auch zu dem, was gerade in dem Handlungsteil des Beschlusses vom Parteitag steht. Hierin wird im Wesentlichen die Kommunistische Partei als diejenige benannt, die anderen die Welt erklärt, es wird aber nicht darauf hingewiesen, dass auch wir von anderen und mit anderen in der Aktion und deren Vorbereitung lernen.

Klar ist für uns, die wir hier sitzen, dass weder das organisatorische Bild einer kommunistischen Partei noch die inhaltliche Richtung der aktuellen Parteileitung unseren entsprechen.

Doch die Frage muss beantwortet werden, auf welcher Grundlage wir als KommunistInnen in der DKP unsere politischen Ziele diskutieren und entwickeln, auf welcher Grundlage die Arbeit in den Gruppen und Kreisen erfolgt?

Fakt ist: die Bedingungen sind für uns vor Ort sehr unterschiedlich, nicht nur, was die Stärke und den Aktivitätsgrad unserer Gruppen angeht, sondern auch der Zusammensetzung der jeweiligen Parteiebenen nach den unterschiedlichen Positionen. Das bedeutet, dass gleiche oder ähnliche Debatten zwar stattfinden können, der Erfolg aber sehr unterschiedlich bewertet werden muss.

Es kann erfolgreich sein, gemeinsam mit den von uns erstellten Materialien in die Öffentlichkeit zu gehen, es kann woanders erfolgreich sein zu erreichen, sich mit Argumenten auseinander zu setzen und zu diskutieren.

Es gab den Antrag auf dem Parteitag, das gemeinsame Studium des Programms zu organisieren. Dies ist ein Weg, auch für uns die Aktualität des Parteiprogramms zu hinterfragen, es anhand der heutigen Entwicklungen unter den Bedingungen der Krise, der sich neu formierenden Widerstandskräfte zu diskutieren.

Unsere politische Grundlage ist dabei selbstverständlich das Parteiprogramm! Darauf bauend sind aber weitergehende Diskussionen notwendig, um für aktuelle Bedingungen Analysen zu erarbeiten und Forderungen für heute und die Zukunft zu entwickeln. Und wir sollten dabei nicht hinter bereits benannten Fragestellungen, wie sie meiner Meinung nach z.B. in dem Diskussionsentwurf der Thesen „Der Weg aus der Krise“ zu finden sind, zurückfallen.

Und wenn mit Lügen und Halbwahrheiten durch uns erfolgte inhaltliche Aussagen verkürzt oder anders dargestellt werden, wenn gegen einzelne Personen versucht wird eine negative Stimmung zu machen, sollten wir versuchen – auch wenn es oft schwer fällt – nicht die gleichen Mittel anzuwenden, sondern bewusst mit einer inhaltlichen und/oder praktischen Antwort in Form von Aktivität aufwarten.

Es muss uns klar sein: nicht Diffamierung, kaltstellen oder andere ähnliche Mittel sind unser Ziel, sondern wir sind in die DKP eingetreten, um Politik zu entwickeln, die Gesellschaft zu verändern im Interesse der arbeitenden Klasse und der Mehrheit der Menschen. Dafür wollen wir Kräfte gewinnen, dies gemeinsam mit uns zu tun.

Dazu sind Intrigen, Ausgrenzung, Diskussions“verbote“ gerade nicht geeignet, sondern Offenheit, Transparenz und gemeinsames Handeln.

Was wir brauchen ist eine Debatte über die gemeinsame politische Grundlage in der Partei, von der ausgehend wir dann auch unsere Positionen in Bündnissen, Gewerkschaften usw. als Diskussionsansätze einbringen, und die dort entwickelten Fragen in unserer Partei diskutieren.

Genossinnen und Genossen,

Auf der nächsten PV-Tagung Ende Juni stehen unter anderem auch die Punkte EU-Wahl, Kampagne zur Mitgliedsbuchneuausgabe, UZ- Pressefest und UZ-Redaktion an. Es gilt darüber nachzudenken, wie diese Aufgaben inhaltlich diskutiert und dann umgesetzt werden. Wie werden die Mitglieder in die Debatte einbezogen, welche Schritte werden beschlossen und wie dann umgesetzt?

Ein Punkt, der bisher nicht angesprochen wurde, ist die Notwendigkeit der gemeinsamen politischen Auseinandersetzung über aktuelle Entwicklungen und daraus resultierend auch Einschätzungen.

Wir haben da zwar unser Internetportal, auf dem Berichte und Analysen nachzulesen sind. Sie geben allerdings immer nur die Meinung Einzelner wider und ersetzen meiner Meinung nach nicht eine kollektive Debatte mit Pro und Kontra.

Themen gibt es genug, hier einige Beispiele: die Einschätzung der Krise, die Arbeit in den Bewegungen, die Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften, die internationalen Entwicklungen, hier das Stichwort „Türkei“, die Rechtsentwicklung in unserem Land und in Europa, der Demokratieabbau auch am Beispiel Polizeieinsatz bei Blockupy-Frankfurt zu sehen, die Bundestagswahl und die Wahl zum EU-Parlament.

In der Vergangenheit wurden dazu die Parteivorstandstagungen genutzt, es wurden viele verschiedene Gesichtspunkte zu den Schwerpunktthemen und aktuellen Fragen eingebracht. Es gab die Orientierung diese in Bezirken und Gruppen auszuwerten und zu diskutieren, was für die eigene Arbeit genutzt werden kann.

Auch dabei gibt es, wie bereits erwähnt, die sehr verschiedenen Bedingungen vor Ort. Wir sollten also überlegen, wie wir Diskussionsangebote entwickeln.

Es muss uns vorrangig darum gehen, die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Problemen und auch positiven Aspekten zum Geschehen in dieser Welt zu führen. Das sollten wir für nächste Treffen berücksichtigen, auch bei regionalen und örtlichen Zusammenkünften von GenossInnen.

Wenn wir nur über Fragen der Parteiorganisation, Struktur, über unserer Meinung nach lebensferne oder politisch falsche Beschlüsse usw. beraten, werden wir unserer politischen Gemeinsamkeit und dem, was unsere Mitgliedschaft in einer kommunistischen Partei ausmacht, nicht entsprechen. Fehler und Verflachungen der politischen Aussagen müssen diskutiert werden, aber in Verbindung mit konstruktiver Kritik und dem Aufzeigen von Alternativen.

Wir sind KommunistInnen weil wir den Kapitalismus überwinden wollen – da ist unsere kommunistische Partei ein gutes Mittel, um gemeinsame Ziele zu entwickeln. Die Partei ist

die Klammer, in der wir gemeinsam politisch arbeiten und auch inhaltliche Debatten führen. Eine unserer Fragestellungen sollte sein, welchen Beitrag wir KommunistInnen leisten müssen, um die arbeitende Klasse und die Menschen zu mobilisieren, damit sie gemeinsam mit uns und anderen linken Kräften zur Entwicklung eines alternativen gesellschaftlichen und politischen Projektes beitragen? Die Hoffnung auf Veränderung und dann das Wissen, dass diese möglich ist muss wiederhergestellt werden. Wir müssen die Diskussion führen, dass die kapitalistische Gesellschaft nicht das Ende der Geschichte ist und dabei an den aktuellen Fragen anknüpfen und Alternativen aufzeigen. Das ist die Herausforderung an uns, auch und trotz der veränderten Bedingungen in unserer Partei. Lasst uns gemeinsam nach Antworten, Forderungen und Wegen suchen, Politik im Interesse der Mehrheit mit den Menschen zu entwickeln.